

# Égalité



## Jens Beckett

ist Professor für Soziologie und Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln.

In Frankreich gab es Anfang des Jahres eine aufgeheizte Debatte um die soziale Ungleichheit des Hochschulsystems; genauer: um die soziale Ungleichheit in den Eliteschmieden Grandes Écoles. Protagonisten waren Staatspräsident Nicolas Sarkozy, Pierre Tapie, der Präsident des Interessenverbandes der Grandes Écoles und Richard Descoings, Präsident von Sciences Po, die selbst

als Grande École gilt, nicht jedoch dem Interessenverband angehört. Sarkozy hatte gefordert, die Grandes Écoles sollten sich das Ziel setzen, zukünftig 30 Prozent ihrer Studenten aus sozial benachteiligten Gruppen zu rekrutieren. Dazu muss man wissen, dass sich quasi die gesamte wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Elite Frankreichs aus diesen Schulen rekrutiert. In der ENA, der École Polytechnique oder der ESSEC versammeln sich quasi nur noch die Sprösslinge der französischen Ober- und Mittelschicht. Durch sozialen Ausschluss, so der Staatspräsident, werde ein Gutteil des intellektuellen Talents Frankreichs verschwendet und die Reproduktion von sozialer Ungleichheit perpetuiert. Dieses Ansinnen der sozialen Öffnung konterte Pierre Tapie: Zielmarken für sozial benachteiligte Gruppen würden dazu führen, die Qualität der Ausbildung in den Grandes Écoles abzusenken und damit den einzig funktionierenden Teil des französischen Hochschulsystems zerstören. Diese Abwehrhaltung entfachte einen Sturm der Entrüstung in der französischen Öffentlichkeit. Auf Unverständnis stieß die Ablehnung aber auch bei Richard Descoings. Sciences

Po hat seit einigen Jahren ein Partnerprogramm mit Schulen in sozialen Brennpunkten, und für diese Schüler ein getrenntes Aufnahmeverfahren geschaffen. Damit wurde das meritokratische Grundprinzip, alle gleich zu behandeln, bewusst in Frage gestellt. Eine Absenkung des Niveaus fände durch die Aufnahme dieser Studenten nicht statt.

Auch in Deutschland ist das Universitätsstudium wesentlich Angelegenheit der Mittel- und Oberschicht. Dies zeigen regelmäßig die Studien der OECD. Wenn es schon nicht das Prinzip der Égalité ist, das hier zum Umsteuern motiviert, dann sollte es die schiere wirtschaftliche und politische Vernunft sein. Der demographische Wandel wird erst dann zu einem gesellschaftlichen Problem, wenn ganze Bevölkerungsgruppen mit den steigenden Bildungsanforderungen nicht mehr mithalten und dadurch aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Zu verschenken gibt es da nichts. Auch die subtilen sozialen Mechanismen des Ausschlusses und der Diskriminierung gehören aufgedeckt und müssen in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Hierzu gehören die institutionellen Strukturen des Bildungssystems ebenso wie feine Mechanismen der Diskriminierung im schulischen Alltag und Benachteiligungen, die von fehlendem kulturellem Kapital in den Herkunftsfamilien herühren. 300 Euro Stipendien für die zehn Prozent besten Studierenden helfen da nicht. Das BAföG schon. Und Programme, die etwa von einigen Stiftungen im kleinen Maßstab bereits durchgeführt werden, mit denen Schüler aus sozial benachteiligten Schichten und mit Migrationshintergrund gezielt angesprochen und gefördert werden. Zielmarken würden ebenfalls helfen. Erst so wird die Diskrepanz zwischen Istzustand und normativem Soll zur Messlatte politischen Handelns und der Erfolgskontrolle. Auf den Erfolg sind wir angewiesen – für die Égalité und für die soziale Kohäsion sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.